

Mehr Profit und mehr Defizit

LORENZ JARASS ÜBER DIE REFORM DER UNTERNEHMENS- STEUERN

Deutschland – ein Sanierungsfall? Sanierungsbedürftig sind jedenfalls die Kassen der öffentlichen Hand und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dazu ein paar Zahlen: Das Volkseinkommen ist zwischen 2001 und 2005 real um 81 Milliarden Euro gestiegen. Das ist ein Plus von fünf Prozent. Die insgesamt darauf gezahlten Steuern und Sozialabgaben hingegen sind um 46 Milliarden Euro gesunken (minus neun Prozent). Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen stiegen um 106 Milliarden Euro (plus 25 Prozent), während die darauf tatsächlich gezahlten Steuern um 16 Milliarden Euro schrumpften (minus 13 Prozent). Im gleichen Zeitraum schwoll die gesamte staatliche Verschuldung um 280 Milliarden Euro an. Parallel dazu stieg das private Geldvermögen um 525 Milliarden Euro. Nicht »die Bevölkerung« verarmt, sondern der Staat.

Schreckt Deutschland Investoren ab, weil es ein Hochsteuerland für Unternehmens- und Vermögenseinkommen ist, wie vielfach behauptet wird? Richtig ist: Die nominalen Steuersätze für Kapitalgesellschaften sind im europäischen Vergleich hoch. Sie liegen zwi-



Foto: Marcus Kurbold/vepoco.net

schen 32 und 40 Prozent, je nach örtlichem Hebesatz der Gewerbesteuer. Doch die tatsächlich bezahlte Ertragssteuerbelastung (ohne Grundsteuer) betrug 2000 im Schnitt rund 24 Prozent. 2001 sank sie durch die Unternehmenssteuerreform drastisch auf zehn Prozent und stieg bis 2005 wieder auf 16 Prozent. Damit liegt sie weit unter dem durchschnittlichen Niveau der EU-Länder.

1980 lag die Steuerlast der Unternehmen in Deutschland noch bei rund 33 Prozent – und war damit damals genau so hoch wie die

Steuern und Abgaben, die ein durchschnittlicher Arbeitnehmer zahlen musste. Dessen Belastung hat sich inzwischen auf 36 Prozent erhöht, ist also weit mehr als doppelt so hoch wie die der Kapitalgesellschaften.

Die Unternehmensteuerreform 2008, die der Bundestag am 24. Mai beschlossen hat, wird zu weiteren massiven Steuerausfällen führen. Es wurde der gleiche Fehler gemacht wie 1999: Die Geschenke wurden vor dem Weihnachtssingen verteilt. Die Bundesregierung hat den niedrigeren Steuersatz festgeklopft. Aber die Maßnahmen, mit denen sie die Ausfälle ausgleichen wollte, blieben ein Wunschkatalog. Die Reform führt deshalb nicht zum angestrebten und behaupteten Steuerverlust von fünf Milliarden Euro jährlich, sondern jedes Jahr zu mehr als zehn Milliarden Euro dauerhaftem Steuerausfall. Das verschlingt die Hälfte des Mehrertrags der Mehrwertsteuererhöhung ab 2007, die bekanntlich vor allem Arbeitnehmer, Rentner und kleine Gewerbetreibende, wie Handwerker und Gastwirte, belastet.

Die vorgesehene Verschlechterung der Abschreibungsbedingungen ist die widersinnigste Form der Gegenfinanzierung: Sie führt nur zu einem Vorziehen von Steuereinnahmen und belastet ausschließlich diejenigen, die in Deutschland real investieren und Arbeitsplätze schaffen, indem sie zum Beispiel Hallen bauen und Maschinen installie-

ren. Übrigens: Die Wirtschaft stimmt den Abschreibungsverschlechterungen zu, weil sie erwartet, dass beim nächsten Abschwung die alten Abschreibungserleichterungen wieder eingeführt werden.

Das ohnehin schon extrem komplizierte deutsche Unternehmenssteuerrecht wird noch komplizierter. Die vielen neuen Wahlmöglichkeiten ermöglichen ganz neue Steuerermeidungen und sind zusammen mit den vielen neuen Einzelfallregelungen ein Beschäftigungsprogramm für Steuerberater.

Vor der letzten Bundestagswahl im Herbst 2005 schlug der Finanzrechtler Paul Kirchhof, den die CDU nach siegreicher Wahl zum Bundesfinanzminister machen wollte, ein neues Steuermodell vor. Es sah einen einheitlichen Höchststeuersatz von 25 Prozent für alle Einkommensgruppen vor. Bei den Wählern kam dieses Steuermodell schlecht an, weil sie es als zutiefst unsozial empfanden, so dass Kanzlerkandidatin Angela Merkel schnell klarstellte, dass es »nicht Grundlage ihrer Arbeit« würde. Das ist Vergangenheit. Jetzt wird das 25-Prozent-Modell doch umgesetzt, aber nur für Unternehmer, Freiberufler und Sparer: Einbehaltene Unternehmensgewinne, auch von Freiberuflern und Landwirten, werden künftig mit gut 25 Prozent besteuert, private Kapitalerträge mit maximal 25 Prozent. Die höhere Mehrwertsteuer finanziert die massiven Steuerausfälle, die damit verbunden sind.

Nur noch Löhne und Gehälter werden dann mit bis zu 45 Prozent Steuer und zusätzlichen Sozialversicherungsbeiträgen belastet. Von 100 Euro Lohnerhöhung bleiben den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nur 40 Euro netto übrig. Von 100 Euro Gewinnerhöhung bleiben den Unternehmen hingegen zukünftig 70 Euro netto.

Aber warum sollten Investitionen in Deutschland nach der Reform wesentlich zunehmen, wenn das hiesige Steuersystem weiter Investitionen im Ausland subventioniert? Warum sollte ein Unternehmen, das derzeit ganz legal Gewinne zum Beispiel in Irland mit 12,5 Prozent versteuert, bei einem gesenkten nominalen Steuersatz in Deutschland auf unter 30 Prozent diese Gewinne plötzlich hier versteuern?

Auch für die gut verdienenden Arbeitnehmer werden im nächsten Schritt die Spitzensätze gesenkt. Sie werden sich darüber freuen. Aber die Kehrseite ist: Die neuen Steuerausfälle werden wieder durch Erhöhung der indirekten Steuern gegenfinanziert werden – und durch massive Kürzungen bei Arbeitslosen und Rentnern. ◀

Zur Person

Lebenslauf

Lorenz Jarass, Jahrgang 1951, ist seit 1986 Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Fachhochschule Wiesbaden. Der Energie- und Steuerexperte war Mitglied der Kommission zur Reform der Unternehmensbesteuerung 1999 bis 2001 und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen 2002 bis 2003.

Sein Buch

»Unternehmenssteuerreform 2008«
In dem Buch untersuchen Lorenz Jarass und Gustav Obermair (emeritierter Professor der Universität Regensburg) »Kosten und Nutzen der Reformvorschläge«. Sie kommen zu dem Schluss, dass die Unternehmensbesteuerung in Deutschland nicht investitionsfreundlich ist und Arbeitsplätze zerstört.



Das Buch, im Verlag MV Wissenschaft erschienen, ist über www.mv-buchhandel.de versandkostenfrei zu beziehen, Preis: 11,50 Euro.